

FÜR EIN NEUES RAPALLO?

Lehren aus de Gaulles Ostpolitik / Von Rudolf Augstein

Die Gesetze der Politik sind uralte und unabänderlich. Aber die Spielregeln wechseln. Erstes Gesetz der Politik ist, die Spielregeln zu kennen, damit man weiß, wann man gegen sie verstößt und ob man gegen sie verstoßen will. Die Spielregeln nicht kennen, das heißt, Skat nach den Regeln für „66“ spielen.

Tut man wohl der deutschen Politik nach 1890 zuviel Unehre an, wenn man feststellt, daß sie die Spielregeln nicht kennen mochte, mit Ausnahme Stresemanns und Adenauers, welch letzterer nun wiederum die Gesetze der Politik nicht wahrhaben will? Deutschland gleicht seit 1918 einem Eishockeyspieler,

bündeten übrig, um die Ansprüche der Bundesrepublik mit ihr gemeinsam durchzusetzen. Oder aber, wenn die Verbündeten sich verweigern, sie wendet sich an Mächte, die nicht mit ihr verbündet sind.

Das wären einmal die Neutralen, von denen wenig zu hoffen ist, weil sie nicht sehr stark und nicht sehr engagiert sind. Zum anderen wären es jene Länder, mit denen die Bundesrepublik sich bislang als verfeindet empfunden hat, weil sie der Bundesrepublik die von ihr beanspruchten Rechte vorenthalten: die kommunistischen Staaten Osteuropas oder überhaupt.

diese ihr aus eigenem Interesse geben wollen.

Das sah zu Adenauers Hochzeiten etwas anders aus (obwohl es nie anders war). Man wird bei Adenauers Politik endlos streiten können, wo sie zwangsläufige Vollstreckung, gewollte Anpassung und wo eigener Entwurf war. Unbestritten ist, daß ihre Rechtfertigung, ihr ideologischer Überbau, utopisch war. Sonderbarerweise wetteiferten nun alle Partner, Adenauer in dem utopischen Element, das doch dem handelnden Staatsmann sonst übel auszuschlagen pflegt, zu baden und zu bestärken.

Adenauers Grunderfahrung war, daß die nationalstaatliche Politik Europa, wenn nicht die Welt, ins Unglück gestürzt habe. Er sah sie in dem deutsch-französischen Antagonismus verkörpert (unbestreitbar ist, daß die Nationalstaaten sich selbst ins Unglück gestürzt haben; aber so gut und so schlecht könnte man die Waffentechnik oder die allgemeine Wehrpflicht anklagen — nicht notwendig Bestandteile des Nationalstaats).

Adenauers Schluß war, daß der Nationalstaat aufhören müsse zu existieren. Und in dieser Forderung bestärkten ihn am mächtigsten zwei Staaten, die stark genug geblieben waren, ihre Art von Nationalstaat gar nicht erst zur Disposition zu stellen: England und die USA. Sie und der dritte potentiell noch handlungsfähige Großstaat von ehemals, Frankreich, versicherten der Bundesrepublik, die gemeinsame Solidarität mache eine eigene deutsche Politik überflüssig. Was ihre Wehrverfassung angeht, so wurde die souveräne Bundesrepublik auch gar nicht erst souverän.

Adenauer sah darüber hinweg. Seine Außenpolitik war von einer Einheitlichkeit und Großzügigkeit, wie kein Nationalstaat sie je aufgebracht hätte. Dem gemeinsamen Nenner der atlantischen Solidarität ordnete er alle Partikularinteressen unter.

Nur eben, die Bundesrepublik, die im Osten nationalstaatliche Ziele der ausgreifendsten Art erstrebte, verstand sich nicht als einen Nationalstaat. Nur eben, als was sie sich verstand, das konnte sie sich niemals klar machen.

War sie ein vorweggenommenes Stück eines an beiden Ufern des Atlantik gelegenen Super-Staates, oder Teil eines in die Zukunft entworfenen europäischen Staates zwischen den beiden anderen Super-Systemen? Am liebsten verstand sie sich als beides, und machte auch die westlichen Verbündeten glauben, sie sei beides.

Die Unklarheit fiel ihr um so leichter, als sie sich solcherart ihres wahren Wesens nicht bewußt werden mußte: Sie war ein Staat, der auf Anti-Kommunismus gegründet war, dies war ihr Wesen und ihre Substanz, und diese Eigenschaft schien den anderen ungemein nützlich (so daß sie auch der Bundesrepublik nützte).

Adenauer verstand das so: Die Gesetze der Politik, die Hitler so schändlich mißbraucht und mißachtet hatte (und durch die er schließlich doch zu Fall gekommen war), sollten nicht län-



Deutsche und Russen in Rapallo 1922*: „Jeder kann grundsätzlich mit jedem“

der wegen Rempelns auf die Strafbank geschickt wurde, der aber seine Zeit nicht schweigend absitzt, sondern wütende Proteste ins Spielfeld schleudert. Ein weiteres Kennzeichen des deutschen Spielers berührt die Umwelt unangenehm: Er fordert immer erst, daß die Spielregeln einzuhalten seien, wenn er nicht als Gewinner herausgekommen ist.

Aber die Gesetze der Politik sind unabänderlich. Im Falle der Bundesrepublik besagen sie: Entweder verzichtet die Bundesrepublik auf Ansprüche jenseits ihrer Staatsgrenzen und jenseits der Grenzen West-Berlins, oder sie sieht sich nach den Mitteln und nach den Mächten um, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Die Mittel, das sind Atomwaffen (die nicht militärisch, aber zwecks politischer Pressuren eingesetzt werden). Die Mächte, das sind die Verbündeten. Wenn die Verbündeten verhindern, daß die Bundesrepublik Atomwaffen zu eigener Verfügung erhält, bleiben nur die Ver-

Will die Bundesrepublik ihre derzeitige Lage schonungslos sehen, so hat sie nur die Wahl, entweder durch Deklamationen zu vertuschen, daß sie ihre Ansprüche nur zum Schein stellt; oder sich an eben jene Länder zu wenden, die ihr als Feinde im Bewußtsein gegenwärtig sind.

Theoretisch gesprochen: Lassen wir dahingestellt, welche dieser Staaten für sich allein der Bundesrepublik das, was sie derzeit verlangt, geben könnten — unbestritten könnten alle zusammen ihr alles geben, was sie derzeit verlangt.

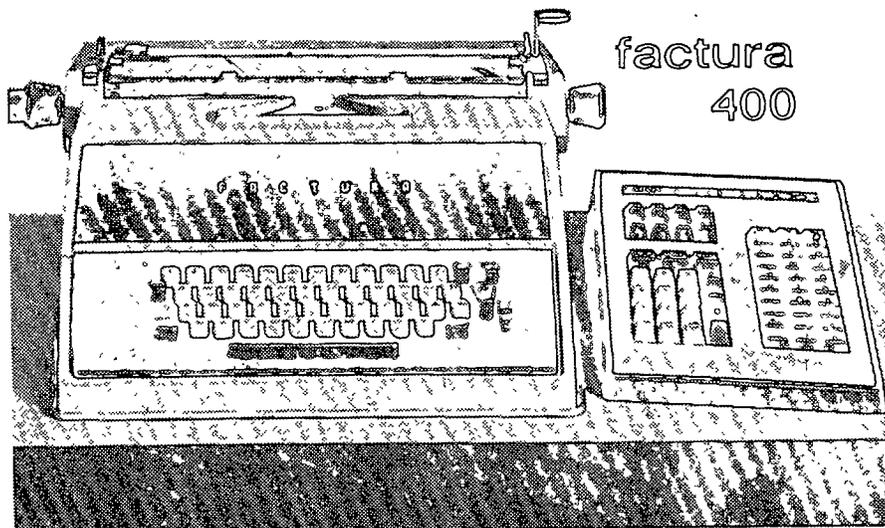
Wäre es so, daß irgendeine Macht dieser Erde irgendeinen Druck auf diese kommunistischen Staaten Europas ausübte, so hätte die Bundesrepublik Hoffnung, mit fremder Hilfe ihre Ziele oder einen Teil davon zu erreichen. Da es aber keine Macht mehr gibt, die irgendeinen Druck zugunsten der westdeutschen Ansprüche ausübt, steht die Bundesrepublik vor der eindeutigen Entscheidung, ihre Ansprüche nicht oder im Benehmen mit ihren Feinden zu verfolgen.

Summa unterm Strich: Sie kann von ihren Feinden nur bekommen, was

* Reichskanzler Dr. Wirth (2. v. l.) und Sowjet-Außenminister Tschitscherin (2. v. r.).

12345678901234567890

Diese 20-stellige Zahl
druckt das neue
Schnellschreibwerk
fliegend
in einer Sekunde ab



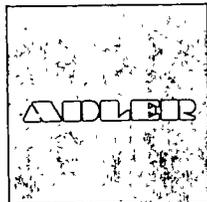
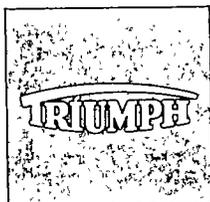
Die Leistung entscheidet

20 Anschläge in der Sekunde ist sehr schnell — damit können Sie die lästigen Unterbrechungen des flüssigen Arbeitsrhythmus beim Fakturieren und Buchen vergessen. Das Schreibwerk der „factura 30“ und „factura 400“ druckt Werte und Ergebnisse bei kontinuierlichem Wagenlauf ohne die sonst unumgänglichen Start-Stop-Vorgänge.

Das ist aber nur einer der Pluspunkte unserer „factura 30“ und „factura 400“. Überzeugen Sie sich selbst auf der Hannover Messe 1966, wo Sie auch weitere GTA Neuheiten besichtigen können:

Die attraktiven elektrischen Schreibmaschinen TRIUMPH/ADLER „electric 131 (c) und 151 (c)“. Die komfortable Korrespondenzschreibmaschine TRIUMPH „perfect“. Das GTA Büromöbel-Programm im neuen Baukasten-System.

Bitte besuchen Sie uns auf dem GTA Messestand in Hannover vom 30. 4. — 8. 5. 1966, Halle 17. Sie erhalten dort einen geschlossenen Überblick über das GRUNDIG Diktiergeräte-Angebot, das TRIUMPH/ADLER Schreibmaschinen- und Organisationsmaschinen-Programm und das GTA Büromöbel-System.



Das Verbundprogramm für rationelle Bürotechnik

GRUNDIG WERKE GMBH. FURTH/BAY. • GTA VERTRIEBS-GMBH. NURNBERG

ger gelten. Schwerkraft und Interessen der Staaten sollten aufgehoben sein.

Es galt, ein neues Über-Ich für alle westlichen Staaten zu schaffen, in dem sie aufgehen konnten. Wäre die neu zu schaffende Gemeinschaft wie die Bundesrepublik aus Anti-Kommunismus geboren und gehalten, so würde zumindest die Bundesrepublik, wenn auch vielleicht nur sie, in voller Substanz aufgesogen.

Die Gesetze, nach denen Staaten sich bilden, sollten unbeachtlich sein. Ob der neue Über-Staat nur aus Deutschland und Frankreich (so Strauß 1964) oder aus allen Anrainern bis hin zur Türkei bestehen sollte (so Strauß 1961), war zweitrangig und wurde je nach Augenblicks-Opportunität beantwortet.

Das offen zutage liegende Dilemma wurde verdrängt: Zur antikommunistischen Kampffront brauchte man die USA. Sie aber waren immun gegen die Anwendungen, sich mit irgend etwas zu integrieren, etwa zu einer „transatlantischen Souveränität“, wie sie ihnen Strauß antrug. Mit der Blindheit dessen, der die Augen zukneift, wußte auch noch de Gaulle, der Nationalist, für internationale Prospekte in Anspruch genommen.

Die unerhörte Wucht und Geschlossenheit dieses trügerischen Systems konnte sich einstellen, weil auch die westliche Führungsmacht eine Zeitlang — unter Dulles — den Anti-Kommunismus für das schlechthin konstituierende Faktum aller Politik ansah. Oder sollte man auch hier sagen: anzusehen schien? War Dulles' Anti-Kommunismus mehr Mittel als Zweck?

Gleichviel, die Idee des antikommunistischen Über-Staates spiegelte den kommunistischen Über-Staat in Moskau, jenes Zentrum der Weltrevolution, aus dem ein neuer Heilsglaube weniger mit Feuer und Schwert als mit einer inquisitorischen Unterdrückung der Geister seine Antriebe erhielt. Nur der „Weltkommunismus“, dieses einheitliche, den Deutschen noch von Hitler her vertraute Monstrum, konnte den antikommunistischen Super-Staat schaffen.

So mußte denn der Trug der westdeutschen Staats-Idee offenbar werden, als es zwei oder mehr Kommunismen gab; zwei Weltzentren, die einander befehdeten, keine Heilslehre mehr, dafür erwachende Freiheit der Geister.

Plötzlich besann sich die westliche Welt auf ein Faktum, das sie für einige Zeit vergessen zu haben schien: Nicht die Sowjet-Union, der die Deutschen die bewaffnete Eroberung des Erdkreises zutrauten, sondern Deutschland hatte die Welt zweimal zu einer Kriegs-Koalition zusammengezwungen. Frankreich, der Bundesrepublik neuer und enger Herzensfreund, der Milchbruder, ernannte sich zum Wortführer aller westlichen Besorgnisse.

In dieser Entwicklung, die de Gaulle nicht herbeigeführt und nicht einmal ausgelöst hat, werden gleichwohl durch de Gaulle die Gesetze der Politik deutlich. Da die USA und Frankreich und England eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Rußland und den anderen kommunistischen Staaten Osteuropas zuwege brachten, heißt eines jener — von Adenauer aufgehoben — Gesetze der Politik: Die Bundesrepublik ihrerseits muß ihre Beziehungen zu Moskau und den übrigen Hauptstädten Osteuropas verbessern, oder sie wird ihre Manövrierfreiheit restlos einbüßen.

Es war diese Manövrierefreiheit („jeder kann grundsätzlich mit jedem“), die Bismarck vorfand, als er 1862 in Berlin die Geschäfte übernahm. Sie war nur unter Wilhelm, Hitler und dem späten Stalin zeitweilig außer Kraft — wegen Leuten also, die allesamt die Spielregeln mißachteten, wie immer sonst sie sich unterschieden haben mögen (der einzige, dem man nicht übelnimmt, daß er die Spielregeln verletzt, scheint de Gaulle zu sein, aber vielleicht scheint auch das nur so).

Es war diese Manövrierefreiheit, die Adenauer haßte, die er Stresemann übernahm, und die er für immer beseitigt wissen wollte — eine Manövrierefreiheit übrigens, die mehr Verstandeskraft verlangt, als Adenauer je hätte aufbieten können. Er war nur möglich in einer Zeit, die nicht Politik, sondern Chiasmus wollte, Teilung in Gut und Böse, Sieg der Guten, Eschatologie.

Daß grundsätzlich jeder mit jedem kann, ist das Gesetz der Politik in normalen Zeiten, in denen Spielregeln gelten. Die Bundesrepublik kann sich zu einem Staat auswachsen, indem sie die Gesetze der Politik anerkennt.

Man ahnt wohl, wie schwierig, wie nahezu unmöglich diese Forderung umzusetzen sein wird in einem Staat, der sich selber vorheuchelt, ein christlicher Staat zu sein, und dessen Raison d'être eben darin gipfelt, keine Beziehungen zu den Systemen des gottlosen Bolschewismus zu unterhalten. Weder die CDU noch, mit ihrer unbewältigten Vergangenheit, die SPD ist darauf vorbereitet, mit den östlichen Systemen zu koexistieren. Erst einmal müsse, so lautete der westdeutsche Konsensus bislang, das kommunistische System auf deutschem Boden verschwinden.

Wenn das geschehen könnte — nun, dann brauchte die Bundesrepublik nicht bessere Beziehungen zu den östlichen Hauptstädten, sondern gar keine Beziehungen. Nur eben, es kann nach aller vernünftiger Voraussicht nicht geschehen. Entweder geschieht also, wie bisher, nichts, oder wir gehen daran, Beziehungen aufzunehmen und zu verbessern. Was als Voraussetzung des Geschäfts hingestellt wird, kann allenfalls als Endprodukt herauskommen — oder auch nicht.

Für die Bundesrepublik geht es nicht einmal darum, zu bekommen, was sie will, sondern vorerst nur darum, ein politisch handlungsfähiger Staat zu werden, der nicht mehr als der sprichwörtliche dumme August gering geschätzt wird.

Wenn die Westmächte bessere Beziehungen zu Moskau suchen, muß auch die Bundesrepublik bessere Beziehungen suchen, sonst bleibt sie, isoliert und isolierbar, in der Ecke.

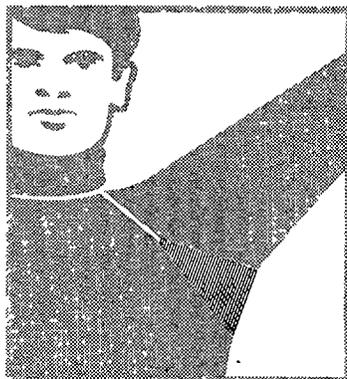
Entweder ist die Bundesrepublik ein Staat, dann muß sie sich nach den Gesetzen der Politik benehmen, oder sie bleibt jenes verschwommene, von Ideologie verdunkelte Vakuum, das niemandem heimlich ist und das aller Welt Angst einjagt. Bessere Beziehungen zu allen Hauptstädten des Ostens allein können bewirken, daß die Bundesrepublik wieder (wie zu Dulles' Zeiten) ernst genommen wird.

Erst wenn die Bundesrepublik mitspielt, wird sie gezählt. Erst dann kann sie entscheiden, ob sie der deutschen



Bani-Lon® Modell »Olympia«

Tun Sie, was Ihnen Spaß macht, im Götzburg-Hemd mit Achselstretch (wie Radi und der Junior)



Der elastische Achseleinsatz aus Lycra gibt mehr Bewegungsfreiheit. Das gibt es in Deutschland nur bei Götzburg.

Endlich ein ideales Bani-Lon-Hemd für Sport und Freizeit! Ein Hemd mit Pfiff — mit Achselstretch.

Nichts zwick und zwackt. Anziehen und frei sein: natürlich frei in der Bewegung. Und für die Damen:

Ganz einfach zu waschen und leicht zu pflegen. Sie haben die Wahl: sieben Modelle aus Baumwolle und Bani-Lon, acht moderne Farben.

Verlangen Sie ausdrücklich Götzburg-Hemden mit Achselstretch.

**Götzburg: Unterwäsche — Freizeitkleidung
Bademoden — Strümpfe.**

Bani-Lon®



Teilung ein Gegenmittel weiß. Erst dann kann sie Politik machen.

Um dieser ganz selbstverständlichen und einleuchtenden Forderung nicht entsprechen zu müssen, kommen die verzweifeltsten Aushilfen zur Sprache. Strauß wiederum ist am weitesten gegangen, indem er de Gaulle öffentlich aufgefordert hat, als „Trehänder der Wiedervereinigung Deutschlands“ nach Moskau zu gehen. Wie muß der große alte Nationalist, der immer nur für sich und für Frankreich Politik macht, sich mokieren, wenn ihm solche Berichte vor Augen kommen! Wie muß er die Deutschen verachten, die mit Kaufhausformeln den Gesetzen der Politik auszuweichen wünschen!

Er geht nach Moskau, um seine egozentrische Politik ein Stück weiterzubringen, und wenn ihm die Bundesrepublik dabei als Turm oder als Bauer behilflich sein kann, nun wohl, dann wird er sie benutzen. Daß diejenigen Bonner Politiker, deren Positionen er zielgerecht demontiert, ihn auch noch zum Trehänder bestellen wollen, muß ihn, da er Sinn für Komik hat, amüsieren.

Ein Staat, der große Ansprüche stellt, kann keinen Trehänder mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragen,

deutschen Staaten unter gleichzeitigem allmählichem Zurückfließen der Schutz-mächte.

Will man das, muß man in dem sich neu formierenden Konzert der europäischen Mächte spielbar werden, damit man selbst spielen kann (Politik, das wird man in Bonn am allerletzten begreifen, ist ja immer auch Spiel).

Deutschland muß sich nach Osten öffnen, auch wenn vorerst nichts Handgreifliches heimgebracht wird; auch wenn in den nächsten fünf Jahren nur erreicht wird, daß östliche Drangstraktionen, die für das Einvernehmen schädlich sind, unterbleiben, wie etwa die Drangsalierung der Bevölkerung West-Berlins mit Düsengeknatter.

Die Bundesrepublik muß den Staaten des Ostens, vor allem den Sowjets, zu verstehen geben, daß sie nach Gemeinsamkeiten sucht. Was sie mit der DDR auszumachen hat, darf sie nicht dauernd Moskau und Warschau und Prag und Budapest vorhalten, sonst ist das Gespräch gleich zu Ende. Ohnehin sind wir wohl etwas in Nachteil geraten, seit wir die Generale Ky und Van Thieu, oder wer immer in Saigon am Draht hängt, für eine selbständige Regierung halten.

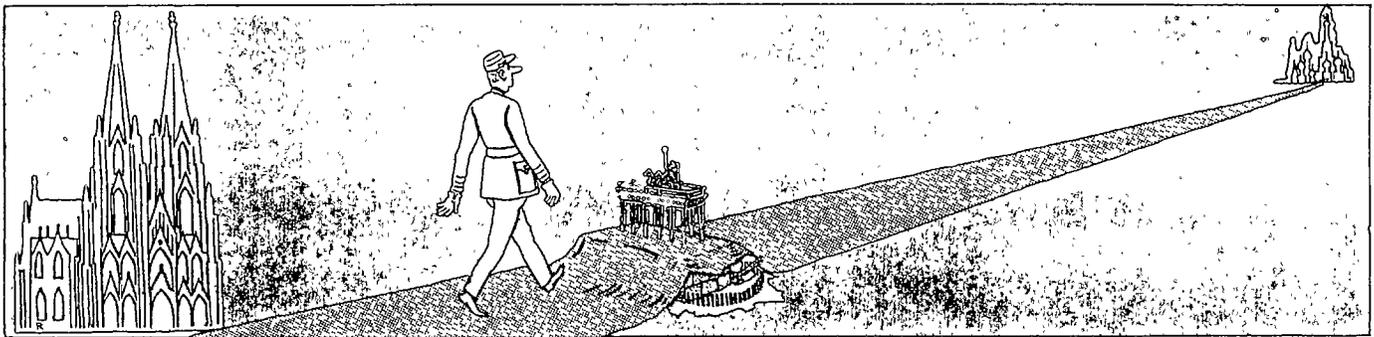
stübchen verbannt, sondern freimütig aufgibt. Solange etwa die Oder-Neiße-Grenze noch strittig ist, würde jede Avance in Moskau von dem Mißtrauen der Westmächte und Polens überschattet, Bonn wolle eine neue Teilung Polens.

Vor allem müßte die Bonner Politik klarmachen, daß sie in Moskau nicht das große Tauschgeschäft sucht, nicht den Akkord zu Lasten Dritter, nicht den Blitzschlag zur Verblüffung Europas.

Aber, daran läßt sich nichts ändern, Deutschlands Interessen in Osteuropa sind nicht identisch mit denen irgendeiner westlichen Macht, obwohl alle westlichen Mächte zusammen Interessen haben, die denen der Bundesrepublik verwandt sind.

Ließe die Bundesrepublik sich beispielsweise von der französischen Ostpolitik ins Schlepp nehmen, so könnte sie den anti-amerikanischen Akzent nicht vermeiden, den sie zu Recht nicht will. Andererseits hat sie keinen Grund, der französischen Politik da entgegenzuarbeiten, wo die USA nur ihr Huhn mit de Gaulle rupfen.

Wollen wir überhaupt eine europäische Zusammenarbeit über den Natio-



Vorsicht! Stufe!

Simplicissimus

keinen de Gaulle, keine EWG, keine Nato. Er muß sich schon selbst kümmern.

Und das hieße hier: Einen Teil der Ansprüche muß die Bundesrepublik von vornherein streichen, ersatzlos. Die verlorenen Gebiete östlich der Oder-Neiße sind futsch, keine denkbare Konstellation kann sie zurückbringen.

Ebenso muß die Bundesrepublik alles vermeiden, was Rußland und Frankreich zu einem gegen Bonn gerichteten Einverständnis treibt: Ihren Anspruch auf atomare Gleichberechtigung muß sie aufgeben. Sie ist nicht souverän, sie war nicht souverän, Souveränität war, wie der SPD-Sprecher Lütkenes es 1951 unter allgemeinen Protesten ausgedrückt hat, „nicht wünschbar“, solange Bonn Ansprüche hatte. Sie erscheint Ost und West nicht wünschbar. Ein souveräner S'act kann sich benehmen wie Frankreich, und eben das kann die Bundesrepublik nicht.

Weiter: Sie muß die DDR als einen Staat behandeln, der die auf seinem Staatsgebiet erwachsenden Angelegenheiten selbst regelt. Was bleibt ihr dann aber noch? Den größten Teil ihrer Ansprüche muß sie aufgeben, damit sie den — vielleicht — erreichbaren Teil mit Aussicht auf Erfolg einholen kann.

Was ist noch erreichbar? Entweder nichts, und wenn man das glaubt, genügt die bisherige Politik. Oder aber ein allmähliches Zusammenwachsen der

Vor allem aber muß die Bundesrepublik sich Moskau gegenüber als das präsentieren, was zu sein sie behauptet (und was sie ihrer Herkunft nach immer noch nicht sein kann): als ein selbständiger Staat. Hat sie eine Röhrenlieferung genehmigt, darf sie nicht davon abgehen, wenn die USA protestieren. Sonst lasse sie die Beziehungen lieber schlecht, wie sie sind.

De Gaulle zwingt alle und auch die Bundesrepublik, und zwar mit unsanften oder auch reichlich unfeinen Methoden, über die europäische Zukunft nachzudenken Täte er das nicht, so würde in Bonn gewiß niemand damit anfangen.

Einstweilen hängen die Interessen der Bundesrepublik immer noch, und überwiegend zu unserem Vorteil, an den USA. Aber ein Wandel in dieser Interessenlage könnte durchaus im amerikanischen Interesse sein.

Wenn eine Regierung, deren Standpunkt bisher unvernünftig fixiert und somit berechenbar war, Politik zu machen beginnt, erntet sie erst einmal Mißtrauen. Das wird auch der Bundesrepublik nicht anders gehen, wenn sie umdenkt und bessere Beziehungen zu allen kommunistischen Staaten sucht.

Aber das Mißtrauen läßt sich begrenzen und vielleicht auflösen: durch Vertragstreue, durch Bescheidenheit, und vor allem dadurch, daß man überständigt gewordene Ziele nicht ins Hinter-

nalstaat hinaus, so wird Frankreichs europäische Politik auch ohne de Gaulle nicht mehr mit der Politik der USA identisch sein können. Irgendwann könnte der Zeitpunkt erreicht sein, wo wir wählen müssen zwischen einer Politik der europäischen Verselbständigung und den Vereinigten Staaten.

Daß diese Entwicklung von selbst kommt, daß sie ohne Risiken kommt, wird niemand glauben können. Irgendwann wird Weitsicht in den Vereinigten Staaten nötig sein, das zu fördern, was vordergründigen amerikanischen (auch Geschäfts-)Interessen zuwider sein könnte — auch Sowjet-Rußland mußte solche Weitsicht beweisen (und ist dafür belohnt worden), als Gomulkas Polen sich 1956 die relative Selbständigkeit erstritt.

Die Verselbständigung Europas könnte irgendwann durch einen Akkord zwischen Osteuropa einerseits und Frankreich und Deutschland andererseits über den kritischen Punkt kommen — irgendwann, aber bestimmt nicht jetzt. Irgendwann wird die EWG sich schlüssig werden müssen, ob sie dem durch einen Zollverein geschaffenen Eigengewicht eine politische Richtung geben, oder ob sie wieder zerfallen will.

Amerikas Hebel in Europa ist West-Berlin. Solange de Gaulle und die russischen Führer keine Lösung anbieten können, die West-Berlin wirksam sichern

würde — und woher sollte die kommen? — können sie die USA nicht aus Europa herausmanövrieren. Hätten die Russen solch eine Lösung in petto, so könnten sie sie mit drei Mächten ventiliieren: mit den USA, mit de Gaulle (dessen Macht auf seinen zwei Augen steht) oder mit Bonn.

Wenn nicht sehr vieles täuscht, wäre für recht lange Zeit noch Amerika der lohnendste Partner.

De Gaulles Haltung gegenüber einem europäischen Zusammenschluß wäre logischer, wenn es West-Berlin nicht gäbe.

Aber freilich, würden die Deutschen Politik machen, könnte sich das Bild irgendwann ändern. Das Schreckgespenst Rapallo würde zwangsläufig beschworen, aber man sieht nicht, wie es mehr als ein Nachtalp werden könnte, mehr als ein Trauma von gestern. Als Ausgeburt des hellen Tages könnte es angesichts der so grundstürzend veränderten Verhältnisse kaum noch paradien.

Zwar, es stimmt, der Vertrag von Rapallo entstand aus einer etwas naiven Überheblichkeit der Westmächte, sich selbst, aber nicht Deutschland eine Diplomatie zuzugestehen. Wohl durften sich die Westmächte auf Kosten Deutschlands mit den Sowjets verständigen. Das Umgekehrte aber galt als Sakrileg.

Der deutsche Außenminister Rathenau und sein sowjetischer Kollege Tschitscherin durchkreuzten 1922 die Absicht der Westmächte, Deutschland die Vorkriegsschulden Rußlands aufzubürden. Sie verzichteten wechselseitig auf alle Ansprüche und beschlossen normal-freundschaftliche Beziehungen.

Rapallo für sich allein, ohne die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, ist ohne Grund kritisiert worden. Ein Modell für die Zukunft aber gibt es nicht her.

Beide, Deutschland und Rußland, waren 1922 nur potentiell stark, de facto aber schwach. Beide waren verfemt, waren „underdogs“. Beide bedrohten Polen, nicht aber einander.

Heute hingegen ist das Mißverhältnis zwischen sowjetischer Macht auf deutschem Boden und deutscher Macht auf dem Boden der Bundesrepublik die Ursache aller Spannung. Hinter dem Rücken der Westmächte würde sich die zu schwache Bundesrepublik mit Sowjet-Rußland nicht einigen dürfen. Andererseits würde es jeder Erfahrung widersprechen, wenn man versuchen wollte, jeden möglichen Akkord, bevor er möglich wird, mit allen Partnern zu eröffern.

Das Ziel jedes Staates ist es, alle anderen zur Erreichung seiner eigenen Ziele zu benutzen, ja, sie in zuträglichen Maßen gegeneinander auszuspielen. Irgendwann wird das kommen, was Adenauer für immer ausschließen wollte: Stresemann-Politik auf neuer, überaus verkleinerter Basis.

Irgendwann werden die Sowjets alle ihre Kontrahenten in Europa so erfolgreich gegeneinander ausspielen, wie dies ihren Gegnern und Partnern mit China, Rumänien und Polen auch gelingt, oder nicht gelingt.

Ob ein europäischer Staat durch diese (fast, nicht ganz) „klassische“ Politik der Nationalstaaten entstehen kann, mag zweifelhaft sein. Anders, jedenfalls,

* Bei der Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Bündnisvertrags gegen Deutschland; sitzend Frankreichs Außenminister Bidault.

wird er auch nicht mehr entstehen. Das Deutsche Reich unter Bismarck ist entstanden, weil die süddeutschen Staaten, vor die Wahl gestellt zwischen Österreich und Preußen, sich dem wirtschaftlichen Übergewicht des von Preußen geführten Norddeutschen Zollvereins nicht entziehen konnten. Wo ist die Parallele?

Doch sollten die Deutschen diesmal gegen die Versuchung gefeit sein, die Spielregeln zu mißachten; gegen die Versuchung, Land ohne Leute zurückhaben und Veränderungen durch Rüstungsdruck erzwingen zu wollen. Ihnen, wenn niemandem sonst, würde man das übelnehmen.

Gegen die Versuchung, ihre Partner und Gegner zu täuschen und zu betrügen, wie sich das der Bismarck zwischen 1862 und 1871 noch leisten konnte. Gegen die Versuchung, Europa beherrschen zu wollen, anstatt es zu sich selbst zu bringen. Deutschlands Interesse hat nur

Statt dessen verwickelt Deutschland sich „immer weiter in seine eigenen Widersprüche und schiebt dadurch die Lösung seiner Probleme hinaus“, wie General Beaufre, zufällig ein Berater de Gaulles, Ende Januar auf einer wehrpolitischen Tagung in München beklagte.

Die Realpolitik Bismarcks spekulierte auf Macht. Die Realpolitik Stresemanns auf Versöhnung im Westen und Zeitgewinn im Osten. Beide Rezepte verfangen nicht mehr. Deutsche Realpolitik 1966 darf keine Gebietsansprüche stellen und keinen militärischen Druck ausüben. Nur durch Versöhnung mit West und Ost kann sie ihre begründeten Ziele angehen.

Nur ihre wirtschaftliche Potenz und ihre gesellschaftliche Attraktion können ihr auf dem Gebiet der DDR helfen. Die gesellschaftliche Attraktion nimmt in dem Maße ab, wie der Staat des Grundgesetzes, der Staat des selbstverantwortlichen Bürgers, zu einem



Präsident de Gaulle (rechts), Stalin in Moskau 1944*: Treuhänder für die deutsche Einheit?

da Kraft, wo es gleichzeitig für die europäische Verselbständigung eintritt.

Solange die Bundesrepublik Ansprüche hat, die ihre Nachbarn nicht haben, kann es keine Integration und auch keinen Zusammenschluß unter Gleichen geben. Das De-facto-Ergebnis des Hitler-Krieges war so, daß es ohne den doppelstimmigen Schutz der vier Alliierten nicht hätte aufrechterhalten werden können.

Erst wenn die Bundesrepublik die durch den Hitler-Krieg entstandene Macht-Balance anerkennt, erwirbt sie den Anspruch und schafft sie die Möglichkeit, Deutschland nicht länger als ein besetztes Territorium zu behandeln. Wäre die Bundesrepublik 1954 in die volle Handlungsfreiheit entlassen worden, so wäre sie bereits heute wieder der unbeliebteste und isolierteste, somit der gefährdeteste Staat Europas.

Unternehmer- und Notstandsstaat degeneriert.

Für die Annäherung zwischen Ost und West können die Westdeutschen etwas tun, wenn sie sich möglichst selbstverständlich und ausgiebig in den östlichen Hauptstädten bewegen. Dadurch zwingen sie die DDR, sich ebenfalls als Staat aufzuführen, und nichts Besseres kann uns passieren.

Das wird nämlich ein europäischerer, ein liberalerer Staat sein, als die da drüben jetzt im Sinn haben. Ob das irgendwann ein Staat sein wird, der sich mit uns vereinigen kann; ob wir dann noch einen Staat haben, mit dem man sich vereinigen will: wer weiß, wer weiß.

Kurz, die Deutschen sollen die Tür nicht einschlagen, die sich ihnen — vielleicht — irgendwann von selbst öffnet: wenn sie einsichtig, wenn sie beständig werden. Wenn sie Politik machen.